

Newsletter des Deutschen Behindertenrates 03/2022

Liebe Leserinnen und Leser,

seit nun mehr als einem Monat herrscht Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Die Bilder aus den Kriegsregionen sind kaum zu ertragen und machen uns fassungslos.

Als DBR haben wir mit Nachdruck gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit appelliert, auch Menschen mit Behinderungen in der Ukraine nicht zurückzulassen, sondern ihnen die dringend notwendigen Hilfen zukommen zu lassen und Evakuierungen zu ermöglichen. Denn für viele Menschen mit Behinderungen sind Fluchtoptionen enorm eingeschränkt, wenn nicht gar unmöglich.

Längst spüren wir auch hier in Deutschland die Auswirkungen der Gräueltaten des von Putin geführten Angriffskrieges. Millionen Menschen sind auf der Flucht, hunderttausende suchen Schutz und Zuflucht in Deutschland. Auch hier braucht es das Engagement und die Hilfe vieler, gerade auch mit Blick auf geflüchtete Menschen mit Behinderungen. Die vom DBR unterstützte Internetseite www.hilfsabfrage.de ermöglicht es, vorhandene Unterstützungsangebote für Ukrainerinnen und Ukrainer mit Behinderungen öffentlich zu machen und Hilfen zu vernetzen. Wir rufen alle Leserinnen und Leser auf, sich entsprechend der eigenen Möglichkeiten einzubringen und zu helfen. Stellen wir uns weiterhin gemeinsam solidarisch an die Seite aller Ukrainerinnen und Ukrainer. Das Leiden der Menschen, der Menschen mit Behinderung, muss schnellstmöglich gestoppt werden.

Herzliche Grüße

Ihr Fabian Müller-Zetsche

Koordinator des DBR-Arbeitsausschusses

Neues aus der Arbeit des DBR

- Der DBR ist erschüttert und zutiefst besorgt über die dramatische Lage in der Ukraine. Menschen mit Behinderung dürfen in dieser humanitären Notlage nicht vergessen werden. Dies forderte der DBR in einer [Pressemitteilung](#). Zudem unterstützt der DBR das Hilfsportal www.hilfsabfrage.de. Es ermöglicht, vorhandene Unterstützungsangebote für Ukrainerinnen und Ukrainer mit Behinderung den jeweiligen Bedarfen zugänglich zu machen. Anfang März richtete der DBR seinen Appell an die Außenministerin, die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung sowie den Bundesbehindertenbeauftragten, Menschen mit Behinderungen in dieser Krise im Blick zu haben und zügig die benötigte Hilfe zu ermöglichen.
- Im März tagte der DBR-Arbeitsausschuss das zweite Mal in diesem Jahr. Auch hier wurde intensiv über den Krieg in der Ukraine und die Situation der Menschen mit Behinderungen sowie mögliche Hilfen beraten. Weitere Themen waren etwa die Reform der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) und Partizipationsstandards. Zur aktuellen EU-

Behindertenpolitik berichtete Herr Lachwitz als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes des European Disability Forum (EDF). Auch dort prägen die aktuellen Kriegereignisse in der Ukraine die Arbeit.

- Der DBR hat inzwischen Kontakt zu behindertenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Bundestagsfraktionen aufgenommen, um seine politischen Positionen zu kommunizieren und in einen fachlichen Dialog zu treten. Unser Ziel ist, Behindertenpolitik als Querschnittspolitik in allen Bundesressorts zu platzieren, etwa wenn es um die medizinische Versorgung von Menschen mit Behinderungen, die Barrierefreiheit im Verkehr oder auch Wohnmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen geht. Dabei kann der DBR auf bereits umfangreich erarbeitete Positionierungen zurückgreifen. Diese können Sie gern nachlesen auf der [DBR-Homepage](#). Zeitnah werden nun direkte Gespräche des DBR-Sprecherrates mit diversen Bundestagsabgeordneten folgen.
- Entgegen unserer Erwartung hat das Bundesgesundheitsministerium im März keinen offiziellen Gesetzentwurf zur so genannten „Triage“ vorgelegt. Ein solches Gesetz fordert das Bundesverfassungsgericht, um Menschen mit Behinderungen bei pandemiebedingt nicht ausreichenden intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten vor Diskriminierung zu schützen. Ein informell zirkulierender Vorentwurf bleibt leider hinter den in den [Basispositionen](#) entwickelten Leitplanken des DBR zurück. Hier muss dringend drangegangen werden, bevor das Gesetz „das Licht der Welt erblickt“.
- Viele Arbeitsgruppen, Fachaustausche und Gesprächsformate haben uns im Monat März „in Atem gehalten“. Es gab einen Austausch mit der Kultusministerkonferenz, Gespräche mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, unsere Arbeitsgruppe zu barrierefreien Arztpraxen hat weiter intensiv gearbeitet und auch das Gremium zum Nationalen Aktionsplan UN-Behindertenrechtskonvention galt es vorzubereiten und zu begleiten. Nicht zuletzt gab es einen Austausch mit der Bundesfachstelle Barrierefreiheit.
- Der Bundestag hat ein Gesetz zur Schaffung eines so genannten „Lobbyregisters“ verabschiedet. Es soll Transparenz in politische Entscheidungsprozesse bringen und Einflussnahmen von Lobbyverbänden dort nachvollziehbarer machen. Als Aktionsbündnis ist der DBR eine wichtige Stimme und Lobby von Menschen mit Behinderungen in Deutschland. Deshalb trifft auch den DBR die Pflicht, sich ins „Lobbyregister“ einzutragen. Die – zugegeben recht arbeitsintensive – Eintragung haben wir im März gestemmt.

Aktuelles von wichtigen behindertenpolitischen Akteuren

- Das BMAS möchte [Antworten](#) (FAQs) zu wichtigen sozialpolitischen Fragen für aus der Ukraine geflüchtete Menschen geben. Diese FAQs sollen einen Überblick über die zur Verfügung stehende Sozialleistungen bieten. Verbändeseitig wird jedoch die Frage gestellt, inwieweit behinderungsbedingt notwendige Leistungen unter den Bedingungen des Asylbewerberleistungsgesetzes, dem viele Geflüchtete aus der Ukraine unterfallen, gedeckt werden. Hierzu gilt es, rechtliche Unsicherheiten und auch Defizite in der Praxis anzugehen. Darauf macht u.a. ein Schreiben des DBSV aufmerksam, das Sie beigefügt finden.

- Der SoVD hat eine Sonderseite zum Krieg in der Ukraine unter dem Titel „Stoppt das Leiden!“ auf seiner Website erstellt. Die Themenseite informiert über Möglichkeiten zum Helfen und Spenden. Diese finden Sie online [hier](#).
- Die BAG Selbsthilfe hat eine Linksammlung mit Angeboten für geflüchtete Menschen aus der Ukraine mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen erstellt und auf ihrer Homepage [hier](#) veröffentlicht. Die Liste ist alphabetisch nach Betroffenheit sortiert.
- Die Bundesvereinigung Lebenshilfe hat eine [Themenseite](#) „Krieg in der Ukraine“ eingerichtet. Dort wurden Informationen zur aktuellen Situation, zu Möglichkeiten, Hilfe und Unterstützung zu leisten, zusammengestellt. Zudem wird in Leichter Sprache zur Thematik berichtet. „Menschen mit Behinderung dürfen nicht vergessen werden.“
- DBSV ruft auf seiner [Homepage](#) unter anderem zu Spenden auf, um blinde und sehbehinderte Menschen auf der Flucht zu unterstützen. Zudem hat der DBSV eine Stellungnahme zur Barrierefreiheitsstärkungsgesetz-Verordnung veröffentlicht, die Sie online [hier](#) nachlesen können.
- Der VdK sucht „Stimmen für die häusliche Pflege“. Im Mai plant der VdK Demonstrationen in Berlin, um die Personen hinter den Millionen Pflegebedürftigen, die Zuhause betreut werden, zu Wort kommen zu lassen. Es sind meist Partner und Partnerinnen, Töchter, Söhne, Geschwister oder Eltern, die nun zudem die Möglichkeit haben Ihre politische Botschaft an den VdK zu übersenden, für einen Plakatdruck zur Demonstration. Lesen Sie mehr online [hier](#).

Weitere Hinweise und Informationen:

- An dieser Stelle möchten wir Sie aufmerksam machen auf eine Studie zum Thema Diskriminierung von Menschen mit Behinderung. Die Studie begründet sich auf der Ausgangsüberlegung, dass „Diskriminierung für viele Menschen mit Behinderung Teil ihres Alltags“ sei, „die Perspektive und Wahrnehmung der Betroffenen“ jedoch kaum erforscht wäre. Weitere Informationen hierzu- sowie die Möglichkeit zur Teilnahme finden Sie [hier](#).
- Das Zentrum für selbstbestimmtes Leben Norddeutschland sucht Teilnehmerinnen für ihre aktuelle Umfrage zu Arztkontakten. Anlass der Umfrage ist die häufig berichtete Unzufriedenheit über Barrierefreiheit sowie Umgangsformen bei Arztkontakten. Online unter diesem Link [hier](#) ist Ihre Teilnahme möglich.
- Im Rollstuhlkurier ist ein Interview mit dem Journalisten und Anwalt Oliver Tolmein unter dem Titel „Das Recht folgt der Politik: Ein Anwalt verklagt das Verkehrsministerium“ erschienen. Lesen Sie online [hier](#).
- Der BSK hat einen neuen Instagram-Account ([hier](#) und [hier](#) einsehbar) und verweist auf seine Veröffentlichung zum Thema barrierefreier ÖPNV [hier](#).
- Das DBR-Sekretariat erreichte ein Petitionshinweis vom Netzwerk Leichte Sprache e.V. zum ersten Monitoring Bericht zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2016/2102 in Deutschland. Lesen Sie [hier](#). Auf eine weitere Petition soll an dieser Stelle zudem hingewiesen werden: „§ 43 a muss weg!“ (online [hier](#)).

- Die Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlichte einen „Sozialatlas“ samt „Daten und Fakten über das, was unsere Gesellschaft zusammenhält“. Darin heißt es „Die soziale Frage ist eine der wichtigsten und zugleich herausforderndsten Fragen unserer Zeit. (...) Es geht um gerechte Teilhabe und gleich Chancen, um Sicherheit im Wandel und um Anerkennung von Lebensentwürfen und Lebensleistungen.“ Lesen Sie mehr online [hier](#).
- Der Behindertenbeirat der Stadt Offenbach erstellt in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Beauftragten für die Belange behinderter Menschen einen Wegweiser für Menschen mit Behinderung und sucht nach weiteren Unterstützern.

Presse- und Medienmitteilungen:

- Am 1. März 2022 wurde von der Lebenshilfe veröffentlicht: „Lebenshilfe ruft zu Frieden auf“ und am 4. März 2022 „Frauen mit Behinderung durch Bildung stärken. Bundesvereinigung Lebenshilfe zum Weltfrauentag am 8. März“; lesen Sie online [hier](#).
- Der SoVD veröffentlichte am 2. März 2022 eine Pressemitteilung unter dem Titel „Stoppt das Leiden! SoVD verabschiedet Resolution zum Ukraine-Krieg“ und am 7. März 2022 „Equal Pay Day und Internationaler Frauentag: Es bleibt viel zu tun“; lesen Sie online [hier](#).
- Der VdK hebt am 3. März 2022 hervor: „VdK Deutschland spendet für Opfer der Ukraine“ und am 16. März 2022 wurde eine Pressemitteilung unter folgendem Titel veröffentlicht „VdK-Präsidentin: Wegfall der Corona-Schutzmaßnahmen gefährdet Risikogruppen“; lesen Sie online [hier](#).
- BODYS weist in ihrer Pressemitteilung vom 3. März 2022 auf folgendes hin: „Behinderte Menschen in der Ukraine dürfen nicht vergessen werden!"; lesen Sie weiter hierzu [hier](#).
- Der Verband Sonderpädagogik e.V. veröffentlichte am 3. März 2022 seine Pressemitteilung unter dem Titel „Kinder und Jugendliche jetzt verstärkt unterstützen – angesichts der aktuellen Kriegssituation in der Ukraine“; lesen Sie online [hier](#).
- Das Deutsche Institut für Menschenrechte veröffentlichte am 4. März 2022 seine Pressemitteilung „Selbstbestimmte Sexualität von Frauen mit Behinderungen“; lesen Sie online [hier](#).
- Weibernetz e.V. hebt am 7. März 2022 hervor „Frauen und Mädchen mit Behinderungen bei der Flucht aus der Ukraine unterstützen und in allen Ressorts berücksichtigen“; lesen Sie online [hier](#).
- Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz veröffentlichte am 10. März 2022 eine Pressemitteilung unter dem Titel „Du bist nicht mehr wie früher“ – neue Broschüre der Deutschen Alzheimer Gesellschaft unterstützt, wenn Eltern jung an einer Demenz erkranken.“ und am 24. März 2022 „Für ein besseres Leben mit Demenz – neuer Imagefilm der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V. veröffentlicht“; lesen Sie dazu online [hier](#).
- Die ISL hebt am 10. März 2022 hervor „Behindertenrechte sind Menschenrechte“ und am 16. März 2022 wurde eine Pressemitteilung unter dem folgenden Titel veröffentlicht „Einrichtungsbezogene Nachweispflicht: Teil-Impfpflicht als Übergangslösung auf dem Weg zur allgemeinen Impfpflicht“ lesen Sie online [hier](#).
- Der bvkm kommunizierte am 14. März 2022 über eine Pressemitteilung „18 werden mit Behinderung. Neuer Rechtsratgeber erklärt, was sich bei Volljährigkeit ändert“ und am 18.

März 2022: „Außerklinische Intensivpflege: neue Richtlinie tritt in Kraft“; lesen Sie online [hier](#).

- „Menschen mit Behinderung sind im Krieg besonders schutzlos“ und am 21. März 2022 „Am schlimmsten trifft es die Menschen mit Behinderung“ und zudem am 21. März 2022 „Die allgemeine Impfpflicht muss jetzt schnell kommen! Heute Anhörung im Gesundheitsausschuss des Bundestages; lesen Sie online [hier](#).
- Am 25. März 2022 veröffentlichte Corinna Rüffer eine Pressemitteilung unter dem Titel „Enquete-Kommission zur umfassenden Umsetzung der UN-BRK einrichten“; lesen Sie online [hier](#).

Veröffentlichungen:

- Die Landesschau Rheinland-Pfalz hat diverse Onlinebeiträge unter folgendem Titel veröffentlicht: „Warum Werkstätten für Behinderte zu beruflichen Sackgassen werden können“ ([online hier](#)): sowie „Menschen mit Handicap können sehr viel leisten.“ ([online hier](#)) und „Inklusionshotel nimmt geflüchtete Ukrainer mit Behinderung auf“ ([online hier](#)).
- Der Deutsche Bundestag hat [online hier](#) nähere Informationen zur Triage unter dem Titel „Aktueller Begriff: Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz behinderter Menschen bei einer pandemiebedingten Triage“ zusammengefasst.

Veranstaltungshinweise:

- Am 9. April 2022 um 18:00 Uhr veranstaltet Kultur Leben Berlin Werkstatt Utopia ein „Frühlingskonzert des Utopia Orchesters im GRIPS Theater am Hansaplatz“. Weitere Informationen zur Veranstaltung erhalten Sie [hier](#).
- Die diesjährigen Inklusionstage finden am 31. Mai und 1. Juni 2022 unter dem Motto „Wohnen – barrierefrei – selbstbestimmt – zeitgemäß“ statt. Der DBR-Sprecherratsvorsitzender Adolf Bauer wird dort am 1. Juni einen Beitrag leisten. Online kann die Veranstaltung [hier](#) verfolgt werden.
- Die „Internationale Reha- und Mobilitätsmesse für Alle“ kurz IRMA findet vom 5. bis zum 7. Mai 2022 statt. Dem DBR-Sekretariat liegen Eintrittsgutscheine für Menschen mit Behinderung sowie einer Begleitperson vor. Bei Interesse wenden Sie sich gern ans DBR-Sekretariat. Weitere Informationen zur Messer erhalten Sie online [hier](#).
- PRO RETINA veranstaltet vom 4. bis 8. April 2022 unter dem Titel „Makula-Erkrankungen – mehr wissen, besser leben!“ die „Makulawoche“ im bayrischen Lichtenfels und erstmals teilweise digital; lesen Sie weiteres hierzu online [hier](#).
- Vom 30. April bis 11. August 2022 findet in der Berlinischen Galerie ein Bildungsprogramm mit Deutscher Gebärdensprache zur Ausstellung von Nina Canell „Tectonic Tender“ statt. Erfahren Sie mehr hierzu online [hier](#).

Stellenhinweise:

- Der BSK sucht eine Geschäftsstellenleiterin bzw. einen Geschäftsstellenleiter in Krautheim. Die Stelle finden Sie online [hier](#).
- Der VdK sucht einen Online Redakteur (gn) Social Media zur Verstärkung der Bundesgeschäftsstelle in Berlin zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Lesen Sie weiteres zur Anzeige [hier](#).

Deutscher Behindertenrat (DBR)
c/o SoVD Sozialverband Deutschland e.V.
Stralauer Straße 63
10179 Berlin

Telefon: +49 (0)30 726 222 – 126
E-Mail: info@deutscher-behindertenrat.de
Twitter: www.twitter.com/dbr_info
Website: www.deutscher-behindertenrat.de

Hinweis: Der DBR-Newsletter enthält bzw. verlinkt auf externe Informationen und Inhalte von Dritten. Diese wurden nicht auf Barrierefreiheit geprüft.